

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Pressesprecher**

**Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Bildungspolitik

## **Sylvia Eisenberg zu TOP 23: Politische Bildung muss frühzeitig einsetzen**

Ich kann ja verstehen, dass Sie sich - jetzt wieder im Landtag - auch profilieren müssen, aber das ist nun wirklich ein Antrag, der ähnlich wie der FDP-Antrag zur Verbesserung der Schwimmernens im Grundschulalter aus der vorletzten Landtagstagung- eher in den Bildungsausschuss als in die Landtagssitzung gehört. Und deshalb will ich es kurz machen.

Grundsätzlich ist es auch für Gymnasiasten wichtig, bereits in der Sekundarstufe I über politische Strukturen soweit Bescheid zu wissen, dass sie unabhängig und in voller Verantwortung die Wahlen zu den Kommunalparlamenten mit 16 Jahren wahrnehmen können. In politische Bildung darf nicht erst dann investiert werden, wenn sich extremistische Formen etabliert haben.

Auch sollte bedacht werden, dass die ökonomische Bildung durch den zunehmend internationalisierten Handel bedeutender geworden ist. Auch die Gymnasiasten sind gefordert, wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen zu können; dies gilt auch für die betriebswirtschaftliche Ebene.

Gerade wirtschaftspolitische Kompetenz, und insbesondere das Fach „Wirtschaft“, wird auch von den Wirtschaftsverbänden immer wieder gefordert - selbstverständlich auch von den WiPo-Lehrerverbänden.

Auch „Jugend im Landtag“ setzt sich für ein mindestens 1-stündiges Unterrichtsfach „Wirtschaft/Politik“ in den Klassen 7-10 des Gymnasiums ein.

Bei der Landesfachtagung der WiPo-Lehrer am 10. Juni, an der ich teilgenommen habe - ich habe Sie leider vermisst - wurde diese Forderung auch wieder deutlich. Es wurde aber auch die Einsicht – auch bei den anwesenden WiPo-Lehrerinnen und -lehrern formuliert, dass der Stundenplan eines Mittelstufenschülers nicht beliebig verlängerbar sei, gerade auch unter Berücksichtigung der Schulzeitverkürzung im Gymnasium auf 12 Jahre und der damit verbundenen höheren Wochenstundenzahlbelastung in der Mittelstufe.

Andere Bundesländer, und das geht aus meiner Kleinen Anfrage in der letzten Wahlperiode (Drs.15/847) und der Ergänzung des Bildungsministerium (Umdruck 15/1614) hervor, unterrichten die Inhalte von Wirtschaft und Politik im Fächerverbund mit Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde Arbeitslehre usw. Ein eigenes Unterrichtsfach gibt es dort auch nicht.

Wir sollten im Ausschuss mit dem Bildungsministerium diskutieren, inwiefern die Inhalte von Wirtschaft und Politik in die bestehenden Fächer Geschichte und Erdkunde am Gymnasium in den Klassen 7 bis 10 integriert werden können oder wie anders den m. E. berechtigten Forderungen nach einem Schwerpunkt Wirtschaft und Politik nachgekommen werden kann. Dazu bedarf es auch Veränderungen in den Lehrplänen der anderen Fächer bzw. einer anderen Verteilung der Fachstunden.

Wir sollten uns auch die Stellungnahmen der Fachverbände einholen, ob und wie diese die Möglichkeiten sehen, die Inhalte von Wirtschaft und Politik in ihre Fächer zu integrieren bzw. fächerübergreifend zu unterrichten.

Der Ausschuss ist der richtige Ort, um darüber zu diskutieren und zu Ergebnissen zu kommen.